

Wie sehen Sie das, Will? – Anders, Haselier!

Streitgespräch: Kann die von der SPD geforderte schärfere Mietpreisbremse bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen?

9.49 Uhr



Die SPD will die Mieten begrenzen – ein halbherziger Versuch, der praktisch wirkungslosen Mietpreisbremse doch noch Leben einzuhauchen. Wie sehen Sie das, Will, wird das klappen?

9.51 Uhr



Na ja, Haselier, „klappen“ wird das vielleicht – wenn Sie meinen, ob die SPD das politisch durchsetzen kann. Die CDU ist ja inzwischen zum Pudel sozialistischer Markteingriffe geworden. Da geht sicher was. Wenn Sie mit „klappen“ „sinnvoll“ meinen – nein, dann klappt das nicht.

9.56 Uhr



Ich meinte schon „sinnvoll“. Wobei die CDU die Mietpreisbremse ja nach wie vor als untaugliches Mittel ablehnt, wissentlich ignorierend, dass Wohnraum für viele Menschen immer unbezahlbarer wird.

9.58 Uhr



Wenn der Markt eingeschnürt wird – etwa durch restriktive Bauvorschriften, erstickende Bürokratie – dann ist das natürlich die Folge. Sozialisten fällt dann natürlich nichts anderes ein, als die Formel „noch mehr Staat, noch weniger Markt“. Das sind tiefe Eingriffe in Eigentumsrechte, die sich rächen werden.

10.08 Uhr



Das ist mir viel zu einfach, den Marktkräften ein Grundrecht zu überlassen. Denn es gibt ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen, und das muss der Staat sicherstellen, die profitorientierte Immobilienbranche ganz sicher nicht...

10.12 Uhr



Nein. Es gibt kein Recht auf bezahlbares Wohnen. Es gibt kein Grundrecht darauf, das Eigentum eines anderen für einen Preis nutzen zu dürfen, der von einem Dritten festgelegt wurde. Außerdem: Da wird ständig der Popanz „Immobilienbranche“ aufgebaut. Wissen Sie eigentlich, was die SPD Leuten antut, die sich zur Altersvorsorge eine Wohnung zur Vermietung zugelegt haben? Denen werden die Beine weggetreten. Und das sind nicht wenige.

10.27 Uhr



Das Recht auf Wohnen ist Teil des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Deshalb ist auch Deutschland verpflichtet, das umzusetzen – völlig losgelöst davon, ob es im Grundgesetz steht oder nicht. Und was die Altersvorsorge angeht, da kommen mir die Tränen: Die Preise für Neuvermietungen steigen derzeit doppelt so schnell wie die allgemeine Teuerungsrate, im 2. Quartal 2018 um 5,8 Prozent. Im vergangenen Jahr lagen die Mietpreise bei Wiedervermietung in den Großstädten 28 Prozent über dem Durchschnitt. Da werden sogar für „Wohnklos“ horrenden Mieten verlangt. Es geht doch nicht darum, die Leute zu enteignen, es geht darum, Mietwucher zu verhindern.

10.32 Uhr



Genau das ist das Problem: Da werden vermeintliche „Rechte“ immer weiter ausgedehnt – und zwar auf Kosten Dritter, hier der Eigentümer. Als Vermieter haben Sie schon heute keine Waffengleichheit mehr mit Mietern. Wenn nun noch die SPD-Pläne durchgesetzt werden, dann haben Sie bald Zustände wie in der DDR. Und ja, das ist der Effekt: Enteignung. Die findet auch dann statt, wenn Sie jemandem die freie Verfügung über sein Eigentum entziehen. Genau das passiert hier. Und noch etwas: Das ist natürlich typischer linker Zynismus. Erst fordert die SPD zu privater Altersvorsorge auf. Dann entwertet sie einen Weg der Vorsorge. Im Übrigen wird dieser Markteingriff nicht funktionieren.

10.37 Uhr



Linker Zynismus, weil man eine hohe Rendite aus Mietobjekten nicht über das Recht auf bezahlbares Wohnen stellt? Okay, dann versuche ich es mal andersrum: Es gibt ja nicht nur gut betuchte Leute, die abwägen können, ob sie lieber mieten, kaufen oder bauen. Was schlagen Sie denn vor, wie man denjenigen, die Probleme haben, menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum zu finden, ganz ohne Staat hilft, zum Beispiel Menschen in Armut, Alleinerziehende, große Familien, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung? Die bleiben sich selbst überlassen? Sie können doch nicht bestreiten, dass diese Klientel Probleme hat, noch bezahlbaren Wohnraum zu finden.



Protest gegen hohe Mieten an einem Wohnblock in Berlin. BILD: DPA

Auf ein Neues, die Sommerpause ist vorüber, und Streitthemen gibt es wahrlich genug: Unsere Kollegen Dr. Alexander Will (47) und Thomas Haselier (63) haben deshalb erneut den Chatroom zur politischen Kampfarena gemacht. Der bekennende Konservative Will und der überzeugte linksliberale Gewerkschafter Haselier schonen sich nicht, wenn es darum geht, aktuelle politische Entwicklungen aus ihrer jeweiligen Perspektive gegenüberzustellen.

Ihr Schlagabtausch soll auch diesmal nicht Privatsache bleiben. Denn beide sind erfahrene Journalisten, profilierte Kommentatoren und streitbare Geister. Wir lassen Sie also erneut mitlesen, wenn es bei Will und Haselier zur Sache geht. Auch künftig veröffentlichen wir regelmäßig ihre Chat-Duelle – damit Sie sich daran reiben, sich auf die eine oder andere Seite schlagen und sich selbst eine Meinung bilden können.

Das vollständige Streitgespräch in Gesamtlänge finden Sie unter [-> @ www.NWZonline.de/streitgespraech](#)

Thema der heutigen Kolumne ist ein

brandheißes politisches Thema: Lässt sich bezahlbarer Wohnraum über eine wirksame Mietpreisbremse realisieren? Unsere beiden Kommentatoren kommen – wenig überraschend – zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen.

Wie ist Ihre Meinung zu dem Thema? Sie können mitdiskutieren – per Leserbrief an das Leserforum der **NWZ**, Peterstraße 28 bis 34 in 26121 Oldenburg, per Mail an leserforum@nwzmedien.de oder online unter [-> @ www.NWZonline.de](#)

10.53 Uhr



Ich sage Ihnen erstmal, was in Ihrem sozialistischen Wohnparadies passieren wird, wenn sich die SPD durchsetzt: Zunächst werden die privaten Investitionen in dem Sektor einbrechen. Niemand investiert Kapital, über das er dann nicht mehr frei verfügen kann. Daran werden auch Daumenschrauben wie ein Bauzwang nichts ändern. Mehr Wohnungen wird es nicht geben. Im Bestand wird ebenfalls nicht mehr viel passieren, da wird nur noch das Notwendigste gemacht. Leute, die ein oder zwei Wohnungen vermieten, werden in massive Schwierigkeiten geraten. Jetzt werden Sie sagen: Deren Probleme sind mir wurscht, es sind ja alles böse Kapitalisten. Da muss halt der Staat eingreifen und bauen. Klar – der hat sich in dieser Frage ja auch – Achtung, Ironie! – als absolut fähig, vorausschauend, verlässlich und klug erwiesen: Zum Beispiel als er Zehntausende Wohnungen in Mitteldeutschland abreißen ließ, weil angeblich kein Bedarf mehr da war. Jetzt sollen plötzlich die entstandenen Lücken wieder zugebaut werden. Das ist absurd und zeigt, was staatliche Eingriffe Wert sind: nichts.

11.03 Uhr



Ganz so einfach, wie Sie glauben, ist mein Weltbild auch wieder nicht. Die „bösen Kapitalisten“ sind gar nicht mein Problem. Vielmehr beklage ich die Arbeitsverweigerung der Politik, ein Mindestmaß sozialer Gerechtigkeit herzustellen. Und wenn Sie hier schon einzelne Bereiche herausnehmen wie den Bauzwang, den ich für so falsch nicht halte, um Spekulanten auszubremsen, wäre es nicht übel, wenigstens schon mal damit zu beginnen, leerstehenden Wohnraum nicht mehr steuerlich geltend machen zu dürfen. Das ist nämlich derzeit noch der Fall, das fördert auch das Spekulantentum. Und: Sie sagen nur, was alles nicht passieren wird. Dann sagen Sie mir doch mal, was man tun muss, damit bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Es fehlen rund eine Million Wohnungen in Deutschland.

11.22 Uhr



Verbessern Sie die Investitionsbedingungen für Private. Entschlacken Sie das Baurecht. Legen Sie die Bürokratie an die Kette. Verbessern Sie Abschreibungsmöglichkeiten. Senken Sie die Grunderwerbssteuer, dann können mehr Menschen von Mietern zu Eigentümern werden. In Deutschland werden bereits jetzt 14 Millionen Wohnungen von Kleinvermietern angeboten. Machen Sie diese Form der Altersvorsorge attraktiver, statt Sie zu zerstören. Und ja: Streichen Sie Absurditäten wie die Absetzbarkeit von Leerstand. Begünstigen Sie es, wenn Vermieter Erlöse aus Vermietung in Neubauten investieren. Kurz: Entfesseln Sie den Markt.

11.18 Uhr



Das ist eine sehr exklusive Meinung, dass der Markt immer Wohlstand schafft. Für einige gilt das sicher, für andere aber eben nicht. Ich denke zum Beispiel an den Rentner, der nach mehr als 30 Jahren seine Wohnung verlassen muss, weil er die aus einer Luxussanierung resultierende Mietsteigerung von mehr als 70 Prozent nicht zahlen kann. Das bedeutet nicht nur den Abschied aus gewohnter Umgebung, was für ältere Leute schon problematisch genug sein kann, es führt auch zur Kappung bestehender sozialer Kontakte und oft in die Vereinsamung – nur damit ein paar Investoren auch noch den letzten Euro aus einer Immobilie kratzen. Es gibt noch andere Werte als Geld, Herr Kollege. Nicht immer regelt der Markt alles zum Besten – schon gar nicht für alle.

11.22 Uhr



Der Markt schafft letztlich Ausgleich. Wenn dieser Rentner seit Jahren in einer inzwischen billig gewordenen Riesenwohnung sitzt, finde ich nichts Schlechtes daran, wenn diese über den Preis neu verteilt wird – an Leute, die sie dann wirklich brauchen. Und was den Wohlstand betrifft: Da haben die staatsgelenkten Wirtschaftssysteme in Osteuropa ja gezeigt, wie desaströs das endet. Heute lohnt ein Blick nach Venezuela. Die westlichen Marktwirtschaften hingegen haben einen nie gekannten Wohlstand geschaffen – den sie jetzt verspielen, indem zunehmend mit dem Sozialismus geflirtet wird.

11.34 Uhr



Sie reden sich das passend. Alleinstehende Rentner wohnen in der Regel nicht in Riesenwohnungen. Die müssen die Mietsteigerung ja oft deshalb ausbaden, weil ihre Wohnung plötzlich attraktiv geworden ist, wenn etwa der Kiez zum schicken Wohnviertel rausgeputzt wird. Die Wohnung wird zum teuren Abschreibungsprojekt, das sich dann nur noch ein paar Yuppies leisten, die sie nur für einen kurzen Zwischenaufenthalt nach ihren After-Work-Partys benötigen.

11.38 Uhr



Da operieren Sie ja großzügig mit der Klischee-Schleuder: böse Yuppies, arme Rentner. Sanierung und Aufwertung finde ich übrigens in der Regel gut. Städtische Strukturen verändern sich halt. Man kann nicht alle Verhältnisse ständig unter Naturschutz stellen. Übrigens ist die von Ihnen an die Wand gemalte Yuppifizierung Unfug: So viele von denen gibt es gar nicht, als dass sie a) dem Restvolk alles wegmieten könnten und b) Vermieter ihre Objekte nur mit Yuppies füllen könnten.